

## „Mir geht es um vernünftige Lösungen“

Thorsten Frei sprach bei der CDU Hirschberg über Migration

Von Stefan Zeeh

**Hirschberg-Großsachsen.** Als hervorragenden Redner und noch dazu sympathisch hatte der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Heidelberg, Alexander Föhr, den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, angekündigt. Damit hatte er nicht zu viel versprochen, denn Frei brachte das komplexe Thema „Migration“ seinen rund 70 Zuhörern, die teils aus den umliegenden Gemeinden nach Großsachsen ins Hotel Krone gekommen waren, auf lockere und zugleich informative Weise näher.

„Wir haben so vielfältige Herausforderungen in unserem Land, dass es einem schon schwindlig wird“, ging Frei zunächst auf den Auslöser der derzeitigen Probleme und damit auf den Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 ein. Dieser hatte Bundeskanzler Olaf Scholz dazu gebracht, von einer „Zeitenwende“ zu sprechen, und tatsächlich habe sich damit vieles verändert, nicht nur, dass damit die Freiheits- und Friedensordnung in Europa in Frage gestellt wurde. In der Folge stieg die Inflationsrate auf lange Zeit nicht bekannte Werte an, und Deutschland schlitterte in eine Wirtschaftskrise.

Zudem flüchteten im vergangenen Jahr 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine nach Deutschland. Zusammen mit den rund 250 000 Asylsuchenden aus anderen Ländern seien damit mehr Menschen nach Deutschland gekommen als während der Flüchtlingskrise 2015/2016. Und immer noch flüchteten Menschen aus

der Ukraine und kommen in unser Land. Bis September dieses Jahres seien weitere 195 000 dazu gekommen sowie knapp weitere 250 000 Asylsuchende.

Diese große Zahl an neu hinzugekommenen Menschen treffe auf eine angespannte Infrastruktur. „700 000 Wohnungen und 380 000 Kindertagesplätze fehlen, dazu sind 25 000 Lehrerstellen unbesetzt“, schilderte Frei die Situation im Land anhand einiger Zahlen. Derweil müssten die nach Deutschland gekommenen Menschen in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integriert werden, doch das funktioniere nicht.

Dabei gebe es genügend geflüchtete Menschen, die arbeiten dürften. Auf Nachfrage aus dem Publikum verdeutlichte er am Beispiel der Ukrainer, woran es scheitert. Nur etwa 20 Prozent der nach Deutschland gekommenen Ukrainer hätten eine Arbeit aufgenommen und damit deutlich weniger als in anderen europäischen Ländern, wie etwa Frankreich, wo bis zu 70 Prozent der geflüchteten Ukrainer arbeiteten. Einen Grund dafür sah Frei in der komplizierten Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Ein weiterer Grund seien die sozialen Transferleistungen.

Bürgergeld, Miet- und Heizkostenzuschüsse sowie weitere Leistungen würden dazu führen, dass eine vierköpfige Familie in Tübingen zwischen 3200 und 3500 Euro monatlich bekäme. Ein derartiges monatliches Einkommen hätten viele Arbeitnehmer nicht zur Verfügung. Ein weiteres Hemmnis für die Arbeitsaufnahme seien fehlende Sprachkenntnisse, doch dauere es in Deutschland zwi-



Bundestagsabgeordneter Alexander Föhr (l.), Ortsverbandsvorsitzende Petra Mayer und ihr Vize Ulrich Zeitel (r.), zugleich Landesschatzmeister der CDU, hießen den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU, Thorsten Frei, in Hirschberg willkommen. Foto: Kreuzer

schenzeitlich bis zu einem Jahr, bis ein Sprachkurs absolviert werden könne. Dabei fehle es nicht an den finanziellen Mitteln, sondern am Personal.

„Wir sind an der Belastungsgrenze angekommen“, stellte der Parlamentarische Geschäftsführer dementsprechend fest. Er forderte, dafür zu sorgen, dass weniger Menschen nach Europa und damit auch nach Deutschland kommen. Wie die Flüchtenden derzeit nach Europa kommen, ist für Frei zudem nicht human. Denn vor allem Männer würden sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa begeben und dafür noch mehrere Tausend Euro an Schlepper bezahlen. Notleidende Frauen und Kinder könnten schwerlich unter diesen Bedingungen nach Europa kommen. Das ließe sich ändern, wenn das individuelle Asylrecht durch jährliche Kontingente

für Flüchtlinge ersetzt werde. Dann könnten auf der Flucht befindliche Familien auch mit dem Flugzeug nach Europa einreisen.

Die von der Bundesregierung vorgenommenen Gesetzesänderungen im Asylrecht würden jedenfalls nicht ausreichen, um die Situation wesentlich zu verändern, kritisierte Frei. So würde etwa das Rückführungsverbesserungsgesetz dafür sorgen, dass gerade einmal jährlich 600 Menschen zusätzlich abgeschoben werden können. Er gestand aber auch ein, dass unter den CDU geführten Regierungen der letzten Jahre keine wesentlichen Verbesserungen in der Asylpolitik stattfanden. „Mir geht es um vernünftige Lösungen“, betonte abschließend Frei und sah die derzeitige Aufgabe seiner Partei darin, als Opposition Lösungswege aufzuzeigen.